

14.57

**Bundesrat Reinhard Todt** (SPÖ, Wien): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Bundesminister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das wesentliche Ziel – es wurde ja schon sehr viel darüber geredet – dieser Änderung in den vorliegenden Gesetzen ist, stärker gegen den Missbrauch im Bereich der Finanzmärkte vorzugehen und damit mehr Sicherheit im Bereich der Finanzmärkte zu schaffen.

Zwei Dinge sind wesentlich: einerseits das EU-weite Vorgehen, also durch Straferhöhungen gemeinsam gegen den Marktmissbrauch vorzugehen; andererseits der Schutz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die einen möglichen Marktmissbrauchsvorgang melden. Mit den vorliegenden Gesetzesänderungen wird diesen Anliegen Rechnung getragen.

Niemand kennt Firmen besser als Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, allerdings gibt es keine Meldung, wenn man Angst um den Arbeitsplatz hat. Durch diese Änderungen ist der Melder, der Whistleblower, bessergestellt. Da wir wissen, dass heute mit moderner Technik sehr viel geschehen kann, braucht man da auch Maßnahmen, um entsprechende Meldungen zu bekommen.

Die Erhöhung des Strafausmaßes für diejenigen, die Marktmanipulationen betreiben, ist ein wesentlicher Schritt, um zum Beispiel Insidergeschäfte tatsächlich stärker zu unterbinden.

All das ist eine große Herausforderung, und dieser Herausforderung stellen wir uns. Es sind grundsätzlich gute Gesetze, und wir werden diesen Beschlüssen gerne zustimmen. *(Beifall bei SPÖ und ÖVP.)*

14.59

**Präsident Mario Lindner:** Zu Wort gemeldet hat sich unser Herr Finanzminister. – Bitte, Herr Bundesminister Dr. Schelling.